

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 12

Artikel: Die kommunale Tätigkeit der sozialistischen Partei Chaux-de-Fonds
Autor: Graber, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329460>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Menschheit immer wieder neue Streiter eines strengen, tatkräftigen Idealismus, die im Glanze ungewohnter, bezaubernder, neuer Riten für die Kräftigung der Menschheit wirken.“

Die kommunale Tätigkeit der sozialistischen Partei Chaux-de-Fonds.

Von Paul Graber.

Einleitung.

Die letzten Wahlen im Kanton Neuenburg haben die Aufmerksamkeit auf die sozialistische Bewegung Neuenburgs und besonders auf die sozialistische Tätigkeit in Chaux-de-Fonds gelenkt. 1912 errang die sozialistische Partei die Mehrheit in dieser großen Berggemeinde. Das will heißen, daß unsere Genossen die Macht besaßen, als der Krieg kam. 1915 verloren sie die Majorität, es fehlten ihnen dazu etwa 120 Stimmen. Um dies zu verstehen, muß man wissen, daß sehr viele Arbeiter hauptsächlich nach Frankreich ausgewandert waren, wo sie Arbeit fanden.

1918 kamen die Sozialisten wieder ans Ruder und behielten seither das Uebergewicht trotz der mehr heftigen als intelligenten Angriffe seitens der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Wir möchten nicht, daß unsere auswärtigen Genossen glauben sollen, daß wir Außergewöhnliches geleistet hätten. Aber doch soll jeder wissen, daß wir die Leitung derjenigen Schweizerstadt innegehabt haben, welche am schwersten durch den Krieg heimgesucht war, durch Arbeitslosigkeit, die Heftigkeit und Länge der industriellen Krise. Der ganze Einsatz der Kraft mußte auf Verteidigung der Stadt gehen; es war also nicht der Zeitpunkt, um den Beweis schöpferischen Unternehmungsgeistes zu geben, wohl aber, um organisatorischen Geist, Befähigung zur Ordnung, Verwaltung und gegenseitige Hilfe zu beweisen. In einem Punkt jedoch erbrachte die sozialistische Verwaltung seit der ersten Amtsperiode — 1912 bis 1915 — den Beweis der Kühnheit und tapferen Initiative: Auf dem Gebiete des kommunalen Wohnungsbaues. Entgegen der leichtfertigen Beschuldigung gegen die Sozialisten, sie verstünden nicht zu verwalten, ist der bemerkenswerte Erfolg, den sie in La Chaux-de-Fonds während ihrer Verwaltungsperiode erzielt haben, und zwar in einer außerordentlich schweren und gefährlichen Zeit, ein wertvolles Zeugnis, das man dem oberflächlichen Urteil der Bürgerlichen mit Recht entgegenhalten darf.

Abwehrmaßnahmen.

Beinahe die ganze Zeit, welche zur Bekämpfung der Kriegsfolgen verwendet werden mußte, aber auch die nachfolgende Krise fallen in die Periode sozialistischer Verwaltung. Es war eine harte Probe, denn man stand beträchtlichen Bedürfnissen gegenüber und

mußte zu gleicher Zeit ernsthafte Kontrolle ausüben, jeden Mißbrauch aber auch jede Härte vermeiden. Die an der Spitze der Arbeitslosenfürsorge befindlichen Genossen waren gezwungen, die kantonalen und Bundesvorschriften anzuwenden, mußten dies in möglichst weitherziger Weise tun, aber doch so, daß jedes bloßstellende Uebermaß vermieden würde. Jene Kameraden opferten sich bewußt und gewollt, denn es ist und bleibt eine Tatsache, daß die Ausübung dieser Funktionen gleichbedeutend ist mit Verlust der öffentlichen Wertschätzung und nur zu oft geradezu den Unwillen des Publikums erregt. In solchen Zeiten muß man die Kunst verstehen, zugleich gerecht und fest zu sein.

Um einen Ueberblick über die Wichtigkeit dieses Unterstützungswerkes zu erlangen, ist es das Einfachste, die Ausgabentabelle 1914 bis 1926 einer Stadt von 36,000 Einwohnern zu veröffentlichen, deren Lebenshaltung völlig von der Uhrenindustrie abhängt, wo Vermögen selten sind, wo die Arbeiterklasse überwiegt und Opfer bringen muß, sobald die Stadt abgabepflichtig wird.

Ausgaben, verursacht durch Krieg und Industriekrise zur Bekämpfung der Arbeits- losigkeit und zur Sicherstellung der Lebens- mittelversorgung.

1. Zivilunterstützung	Fr.	965,132.89
2. Hilfskasse	"	109,829.57
3. Notstandsarbeiten	"	7,807,173.59
4. Weg Seignat	"	16,193.99
5. Mobilisation	"	243,985.81
6. Lebensmittelversorgung	"	9,206,079.22
7. Mieterdarlehen	"	152,537.—
8. id allgemeine Unkosten	"	48,727.51
9. Brennstoffamt	"	1,343,042.38
10. Lebensmittel zu reduzierten Preisen	"	1,387,849.39
11. Brotkarten	"	38,665.70
12. Pflanzlandvermittlung	"	26,689.25
13. Fettkarten	"	2,794.35
14. Arbeitslosenhilfe	"	13,693,970.99
15. Hilfskommission	"	62,232.47
16. Torfgruben	"	100,000.—
17. Nähstuben	"	506,686.18
18. Korbflechterei	"	136,216.76
19. Siebmacherei	"	64,904.82
20. Neue Industrie	"	24,649.36
21. Haushaltungskurse	"	33,730.50
22. Ausfuhrprämien	"	15,421.80
23. Bausubventionen	"	676,140.85
24. Industrielle Darlehen	"	2,500.—
25. Fabrik „Eol“	"	256,807.60
26. Schreinereiwerkstätte	"	26,511.88
27. Erweiterung der Straßenbahn	"	111,234.—

Auf diese Weise wurde die Summe von mehr als Fr. 10,000,000.— für Arbeitslosenhilfe und eine solche von Fr. 12,300,000.— für Hilfeleistungen an die Konsumenten angewendet. Die Defizite der kommunalen Unternehmungen waren sehr gering. Die Auslagen für die Lebensmittelversorgung, welche in verschiedenen Gemeinden so böse Erinnerungen hinterlassen haben, beliefen sich auf Fr. 9,206,079.— Ausgaben gegen eine Einnahme von Fr. 9,059,562.—, das Brennstoffamt verzeichnet Fr. 1,387,849.— Ausgaben und Fr. 1,360,581.— Einnahmen. Man muß anerkennen, daß diese Unternehmungen, die oft in aller Eile improvisiert werden mußten, von einer ernsthaften und geschickten Verwaltung zeugen.

Total wurden verausgabt Fr. 37,093,305.—, eingenommen Fr. 27,565,464.—. Die Belastung der Gemeinde betrug also Fr. 9,527,841.—, die um so schwerer war, als die einzige Industrie der Stadt, die Uhrmacherei, während dieser Zeit eine außerordentlich schwere Krise durchzumachen hatte, von der sie sich übrigens noch zur Stunde nicht erholt hat.

Bevor wir dieses Kapitel schließen, möchten wir noch ein paar detailliertere kurze Angaben über obige Posten machen.

Alles Mögliche wurde ins Werk gesetzt, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, und man machte alle Anstrengungen, sie einen richtigen Beruf zu lehren oder sie weiter auszubilden. So wurden aus Uhrenarbeitern unter geschickter Leitung kunstgerechte Hersteller von Körben, Eimern, Tischen, Stühlen, Spielzeugen aus Pappe, Kunstgegenständen, Präzisionsinstrumenten, Uhrenindustriewerkzeugen, ausziehbaren Armbändern, Lederwaren, während die Arbeiterinnen das Stricken, Nähen, Sticken, das Zuschneiden und Anfertigen von Damen-, Herren- und Kinderkonfektion erlernten oder Haushaltungskurse besuchten. Man versuchte zu gleicher Zeit, neue Industrien einzuführen und machte diesbezügliche Studien und Versuche. Ein von geschickten Uhrmachern geleitetes Atelier verfertigte Neuenburger Pendulen. Interessant waren die Versuche bezüglich der Holzgehäuse und ihrer Verzierung. Andernorts versuchte man die Fabrikation des Weckers deutscher Art oder der Luxuspendule. Ein anderes Unternehmen versuchte die Herstellung von Ziehharmonikas, es war dies die Fabrik Col, für welche die Gemeinde mehr als eine Viertelmillion Franken zur Unterstützung auslegte. In den Werkstätten der Kunstschule erlernten die Graveurarbeiter die Juwelierkunst oder die Bijouterie, um nach beendeter Krise eine Fertigkeit mehr zu besitzen. Das ganze Hilfswerk versuchte also, Arbeit zu beschaffen und die Arbeitstüchtigkeit zu steigern, und die großen Anstrengungen fanden allgemeine Unterstützung durch Disziplin und guten Willen.

E i n s c h ö p f e r i s c h e s U n t e r n e h m e n .

Wir haben es bereits angeführt: Es wurde schon mit der ersten Arbeitsperiode begonnen und betrifft den Kampf gegen die Erhöhung der Mietzinse. Mit der sozialistischen Eroberung der Gemeinde um 1912 wurde er aufgenommen, weil er uns als besonders wichtig für

unsere Haushaltung erscheint. Wir wollten Wohnungen zur Verfügung haben, um die Spekulation zu verhindern. Sie sollten komfortabel, geräumig, gut lüftbar und sonnig sein. Wir bekämpften die Vorschläge der Bürgerlichen, die uns rieten, billige Wohnungen für die ärmsten Familien zu bauen, zu deren Unterstützung, wie sie sagten. Wir wollten nicht von vornherein minderwertige Gebäude herstellen, die nur dazu gedient hätten, der Gemeinde die schlechten Zahler und solche Familien auf den Hals zu laden, welche weder Ordnung noch Reinlichkeit respektieren. Wir wollten Wohnungen, die von den bestbezahlten und erzogenen Elementen gesucht würden, wo eine Atmosphäre der Ordnung, der Reinlichkeit, des schönen Familienlebens möglich wäre. Wir waren uns bewußt, daß mit 100 solcher Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt die Preise für schlechtere Wohnungen gedrückt werden würden und daß man solcherweise allen Klassen der Arbeiter zu Hilfe eilen könne ohne Erstellung von „Herbergen“, die doch bald in Verruf geraten wären. Die Tatsachen haben uns recht gegeben. Unsere 1914 erbauten Wohnungen sind noch heute sehr geschätzt und gesucht.

Im folgenden die Uebersicht über die von der Gemeinde erstellten Wohnungen :

Amtsperiode	1912—1915	110	Wohnungen	
"	1915—1918	0	"	(bürgerl. Majorität)
"	1918—1921	86	"	
"	1921—1923	36	"	(Krisenzeit)
"	1923—1926	136	"	"

Das aufgewendete Kapital erreichte eine Höhe von Fr. 1,016,723.— für die im Jahre 1914 erstellten Wohnungen und Fr. 6,720,040.— für diejenigen von 1918 bis 1926, im ganzen Fr. 7,736,763.—. In Anbetracht der Verhältnisse von La Chaux-de-Fonds wird man zugeben müssen, daß dies beträchtlich ist.

Einige Vergleiche werden beweisen, wie beträchtlich die den Mietern gewährten Vorteile im Vergleich zur allgemeinen Höhe der Mietzinse sind.

Die 1914 vermieteten Wohnungen waren im Durchschnitt um Fr. 100.— bis 150.— billiger als diejenigen der privaten Unternehmungen. Den Statistiken der letzten Jahre entnehmen wir folgende Tatsachen :

Z w e i z i m m e r w o h n u n g e n, um 1925 und 1926 erstellt :

- a) durch private Unternehmen Fr. 840.— und Fr. 895.—
- b) durch die Gemeinde " 650.— " " 660.—

D r e i z i m m e r w o h n u n g e n, um 1925 und 1926 erstellt :

- a) durch private Unternehmen Fr. 1137.70 und Fr. 1191.40
- b) durch die Gemeinde " 873.— " " 873.—

V i e r z i m m e r w o h n u n g e n, um 1925 erstellt :

- a) durch private Unternehmen Fr. 1417.50
- b) durch die Gemeinde " 1226.—

Diese Politik hat einen solchen Einfluß gegen die Spekulation ausgeübt, daß die vor 1917 erstellten Wohnungen nur eine durchschnittliche Erhöhung von 31½ % erfahren haben, gewiß ein Minimum. Die Amortisationen betragen heute Fr. 52,520.— für die Bauten von 1914 und Fr. 497,463.81 für die übrigen, also mehr als eine halbe Million Franken.

Allerdings wäre man zu keinem so günstigen Resultat gelangt ohne die aufgeklärte Solidarität der Mieter. Wir befanden uns vor einem schwierigen Problem: Einerseits handelte es sich darum, durch die Erstellung von Wohnungen eine Barriere gegen die Spekulation zu schaffen, andererseits waren die Erstellungskosten sehr hoch. Wir beschloßen, die Bevölkerung um Bewilligung einer Mietsteuer auf Wohnungen von über Fr. 500.— mit einem mäßigen Ansaß von 1½ % zu ersuchen. Im weitem erhob man wieder die Steuern auf Schaustellungen, die wir aufgehoben hatten. Die Einnahmen dieser beiden Steuern flossen in den Fonds des kommunalen Wohnungsbaues. Die erstere ergab bis heute Fr. 487,537.— (Fr. 80,000.— jährlich), die zweite Fr. 310,098.—. Bedenkt man, daß eine durchschnittliche Erhöhung der Mietzinse um Fr. 100.— die Mieter jährlich eine Million Franken kosten würde, dann wird man die Vorteile dieses Systems leicht einsehen.

Die Steuern.

Wir haben im Kanton eine heftige Kampagne zugunsten der Progressivsteuer geführt, und ihr Erfolg erlaubte uns die Ordnung unserer Finanzen mit möglichster Schonung der Arbeiterklasse. Die Leiter pro Kategorie geht von 1 bis 8. Das ausgedehnte System gestattet uns, ziemlich rasch die beträchtlichen Vermögen und Einkommen mit den höchsten Ansaßen zu belegen, so daß dadurch gleichzeitig die unteren Kategorien entlastet werden. So bezahlt ein verheirateter Mann ohne Kinder auf ein Roheinkommen von

	Fr. 3000.—	Fr. 4000.—	Fr. 5000.—
La Chaux-de-Fonds	Fr. 54.40	Fr. 82.90	Fr. 115.70
Neuenburg	" 57.10	" 93.—	" 134.—
Le Locle	" 60.50	" 105.—	" 156.—
Biel	" 80.15	" 137.40	" 203.80

Die hauptsächlichsten fiskalischen Einkünfte betragen also:

- vom Vermögen (Fr. 190,000,000.—) mittlerer Steueransatz 5,83 % = Fr. 1,107,700.—;
- vom Einkommen (Fr. 39,000,000.—) mittlerer Steueransatz 3,09 % = Fr. 1,205,100.—;
- Liegenschaftssteuern (4½ % und 3 %) = Fr. 420,000.—;
- Mietzinse (1 % und ½ %) = Fr. 80,000.—;
- Bergnügungssteuer = Fr. 50,000.—.

Industrielle Betriebe.

Vor 1912 kritisierten wir hauptsächlich zwei Dinge der industriellen Betriebe unserer Stadt. Wir warfen der bürgerlichen Leitung vor,

zuwenig ernsthaft zu amortisieren. Seit 1912 haben wir einen Amortisationsplan aufgestellt, welcher den Unvollkommenheiten der Vergangenheit und den gegenwärtigen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Wir kritisierten zum andern den fiskalischen Charakter der erzielten Gewinne, die wir als eine verwerfliche indirekte Steuer bezeichneten. Wir entschlossen uns also um 1912, dieser Stufenleiter der in die Gemeindefasse fließenden Gewinne nicht mehr zu folgen und damit sofort aufzuhören.

Während des Krieges gingen wir sogar noch weiter und entschlossen uns endlich, das Gas unter Herstellungskosten abzugeben, zu einer Zeit steigender Kohlenpreise, aber um dem Verbraucher übermäßige Preise zu ersparen.

Aber die große Krise brachte uns grausame finanzielle Schwierigkeiten. Wir sahen weiter oben, was für Ausgaben sie mit sich brachte. Es war von Gesetzes wegen nicht weiter möglich, die Abgabequote für die oberen Klassen zu erhöhen. Wir waren durch kantonale Verfügungen gebunden. Sobald die Geschäfte wieder etwas anzogen, der elektrische Betrieb sich bemerkenswert entwickelte und uns schöne Gewinne trotz der mäßigen Preise brachte (unsere Gas- und Elektrizitätspreise stehen unter denjenigen benachbarter Ortschaften), waren wir gezwungen, unserem Prinzip Gewalt anzutun und den industriellen Betrieben beträchtliche Gewinne zugunsten der Gemeindefasse zu entziehen. 1926 betrug diese Summe Fr. 700,000.—. Die Amortisation wurde dabei nicht vernachlässigt, ungerechnet die Anlage von Reserven. Wir sind der Ueberzeugung, daß die industriellen Betriebe in Zukunft für ihre Entwicklung ohne Hilfe seitens der Gemeinde oder Bankanleihen zu sorgen imstande sein werden. In finanzieller Hinsicht sind sie frei geworden. Man wird die Anstrengung erst richtig würdigen, wenn man hört, daß sie innerhalb dieser letzten drei Jahre mehr als 2 Millionen Franken amortisiert haben. Außerdem ist ein Teil des geliehenen Kapitals zurückbezahlt worden, trotz der starken Erweiterung des Netzes im Laufe dieser gleichen Jahre (in drei Jahren wurden über 30 Kilometer neuer Linien gebaut). Das geliehene Kapital betrug 1912 Fr. 9,000,000.—, heute beträgt es trotz der Erweiterung und Entwicklung der Betriebe nicht über Fr. 6,000,000.—.

Ohne irgendwie Demagogie betreiben zu wollen, darf doch gesagt werden, daß die Sozialisten sich Verdienste um die Angestellten erworben haben. Die industriellen Betriebe bezahlen jährlich bei Fr. 900,000.— an Löhnen. Man kann sich denken, wie dieses Beispiel die Lage der privaten Angestellten beeinflusst. Löhne, Versicherungen, Ferien, Schadenersatz bei Militärdienst — alles gerechte Vorteile, und dabei kosten unsere Installateure nicht mehr als die Konzessionäre. Besser eingerichtet und ausgestattet, einer einsichtsvollen Disziplin freiwillig sich unterordnend, leisten sie bessere Arbeit, ohne fortwährend gegen die Konkurrenz kämpfen zu müssen, welche letztere immer wieder glauben machen will, daß es die hohen Löhne der Arbeiter seien, welche die Erzeugnisse verteuern und daß die Regiebetriebe weder so leistungsfähig noch so billig arbeiten wie die privaten Unternehmen.

Nicht nur wurden bessere Bedingungen bewilligt, sondern auch die gewerkschaftliche Organisation gestärkt. 1912 hatten wir selbst einem Reglement zugestimmt, welches die obligatorische Gewerkschaftszugehörigkeit vorsieht. Die Regierung verweigerte die Genehmigung. In Wirklichkeit ist es heute Tatsache, denn alle Arbeiter und Funktionäre der industriellen Betriebe sind organisiert.

Die Finanzen.

Hier greifen uns gewöhnlich die Bürgerlichen an. Gewiß, ihr erhöht — sagen sie — die Löhne, sorgt für niedere Steueransätze der steuerpflichtigen großen Masse, baut die Schulen aus, fördert die öffentliche Bautätigkeit; schön, aber wie steht's mit euren Finanzen? Sind die Sozialisten zur glücklichen Leitung eines städtischen Finanzhaushaltes geeignet, bei dem alle, Funktionäre, Arbeiter und Verbraucher, auf ihre Rechnung kommen?

Krieg und Krise haben uns tüchtig geschüttelt. Wir hatten Jahre, wo die fiskalischen Mittel zusehends schmolzen, während die Ausgaben in schwindelerregender Weise stiegen. Die sozialistische Verwaltung, hinter sich die ganze politische Macht der Neuenburger sozialistischen Partei, hielt den Schlag nicht nur aus, sondern war bald wieder in der Lage, den neuen täglichen Forderungen gewachsen zu sein. Sie erhielt sogar den finanziellen Beistand der Kantonbank in schwierigen Situationen, ohne vor den Forderungen der Banken kapitulieren zu müssen, welche so anmaßend waren, uns durch Verträge binden zu wollen, welche den demokratischen Rechten widersprechen — Anmaßungen, die von unseren Genossen abgelehnt wurden, wie sie es verdienten. Hier die Probe auf obige Ausführungen:

	Totalausgaben	Defizit
1921	Fr. 6,725,392.72	Fr. 988,641.40
1922	„ 6,683,162.94	„ 559,121.84
1923	„ 6,659,437.48	„ 557,614.86
1924	„ 6,355,709.43	„ 370,916.58
1925	„ 6,718,166.88	„ 290,381.10
1926	„ 7,021,738.13	„ 35,032.72

Das Resultat von 1926 ist um so auffälliger, weil Fr. 60,000.— für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben wurden und weil das Departement der öffentlichen Arbeiten, dem ein Bürgerlicher vorsteht, eine Kreditüberschreitung von über Fr. 150,000.— verzeichnet.

Die Amortisationen erhöhen sich auf über Fr. 400,000.—, und wir haben außerdem einen Amortisationsfonds von Fr. 825,490.68 geschaffen. Allerdings haben die Ausgaben während der Krise unsere Passiven bedrohlich erhöht. 1925 waren es Fr. 11,059,183.28, Ende 1926 waren es noch Fr. 10,425,525.47. Diese Passiven sind übrigens nur bedingt richtig, denn produktive Werte sind da nicht mit ihrem wirklichen Wert aufgeführt. Die industriellen Betriebe z. B. sind angegeben mit einem Wert von Fr. 6,500,000.—, während ihr Wert gut das Doppelte beträgt.

Es genügt, zu konstatieren, daß die 4 %igen Obligationen 1901 im Jahre 1922 zu Fr. 82.— im Kurs standen, 1926 zu Fr. 91.—. Daraus mag man das Vertrauen ermessen, welches die sozialistische Leitung sich erwarb.

In den übrigen Verwaltungszweigen.

Trotz den enormen Schwierigkeiten, mit denen wir uns während unserer kommunalen Tätigkeit herumzuschlagen hatten und welche alle Anstrengung auf dem Gebiete des Finanz- und Verwaltungswesens erforderten, haben wir Verbesserungen auf allen Gebieten erzielt. Die Polizei bekam die Vergünstigung des Achtstundentages, ohne daß sie hätte vermehrt werden müssen. Die öffentliche Bautätigkeit wurde erhöht, und bemerkenswerte Arbeiten, wie die Pflasterung der Hauptstraße, sind ausgeführt worden. In unseren Schulen wurde 1924 eine Schulzahnklinik eröffnet. Der Schularzt führte die Gesundheitskarte für die Schüler ein, die während der ganzen Dauer der Schulzeit nachgeführt wird. Man hat ihm eine Rotkreuzschwester beigegeben, welche Hausbesuche macht und feststellt, ob die Eltern die kranken Schüler nach den Anordnungen des Schularztes pflegen. Eine obligatorische Unfallversicherung ist eingegangen worden, welche pro Jahr und Kind 80 Cts. kostet. 96 % der Eltern hatten sich zu deren Gunsten ausgesprochen. Das Gymnasium hat glückliche Neuerungen eingeführt, unter denen namentlich anzuführen sind die Organisation von gemeinsamen Ferien entweder in den Alpen oder am Meer. Im Spital haben sie eine Mutterberatungsstelle eingeführt, etwas später die Strahlenbehandlung und Strahlendiagnose, sowie ein Dunkelzimmer für die Behandlung der Augen eingerichtet. Sie haben die sanitären Einrichtungen vollständig renoviert und aufs modernste eingerichtet. Die Verbesserungen reichen bis in die bescheidensten Einrichtungen des Spitals, damit eine gute Behandlung der Kranken gewährleistet wird. Küche, Waschhaus, Geschirr, Verpflegung, alles wurde verbessert. Und, einmal im Zug, wurden auch Administration und Rechnungswesen des Etablissements umgestaltet.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den Berufsschulen gewidmet: Technikum und Kunstschule. Man hat sie viel mehr den Bedürfnissen der Industrie angepaßt, indem sie für die gewöhnlichen und feinsten Spezialarbeiten zur Verfügung stehen, auch für den geschickten und erfahrenen Techniker. Man hat sie zur Verfügung der Lehrlinge in der Privatindustrie gestellt, welche dort Kurse besuchen, während Fortbildungskurse für diejenigen Arbeiter organisiert werden, deren Beruf Aenderungen der Technik und deren Anwendung bedingt: Graveure, Lötter, Rhabilleure usw. Um sich dem Gang der Uhrenindustrie anzupassen, war es nötig, eine Klasse für mechanische Herstellung von Uhren einzurichten. Das Rohwerk wird hier von Anfang an bis zum Schluß ausgeführt, und zwar nach modernsten und vollkommenstem Muster. Um gegen die Neigung der Fabrikanten anzukämpfen, die zur einfachsten Handarbeit zurückkehren möchten —

was schließlich leider den Rückgang unserer Qualitätsarbeit zur Folge haben würde — und um einen Ueberblick über die Entwicklung der Präzisionsmaschine zu ermöglichen, wurden kürzere Kurse von 18 Monaten eingerichtet. So haben unsere Berufsschulen eine Elastizität, eine Anpassungsfähigkeit, welche ihnen erlauben, allen Forderungen der Produktion gerecht zu werden, von der allereinfachsten Arbeit bis zu wissenschaftlichen Experimenten.

Fassen wir zusammen: Die sozialistische Verwaltung wurde von Anfang an auf die Feuerprobe gestellt und den schwierigsten Verwaltungsproblemen und ernstesten finanziellen Schwierigkeiten gegenübergestellt. Sie überstand diese Periode und erbrachte den Beweis einer geschickten, klarblickenden, ernsthaften Verwaltung, und ihr Erfolg in dieser Beziehung ist unbestreitbar. Sie hat überall Ordnung eingeführt, sowohl im Rechnungswesen wie in der Organisation der öffentlichen Betriebe im modernsten Sinn. Sie stellte das Gleichgewicht des Budgets wieder her, welches durch den Krieg und die Krise arg erschüttert worden war.

Sie hat außerdem den Spitaldienst verbessert, den schulärztlichen Dienst und die öffentliche Poliklinik und ihr besonderes Augenmerk auf Schulen und Berufsschulen gerichtet. Sie hat den kommunalen Betrieben eine schöne Entwicklung ermöglicht, mit dem Ziel, sie von der Vormundschaft der Banken zu befreien, sie dem Wohl des Verbrauchers dienstbar zu machen und zugleich dem Arbeiter vermehrte Vorteile zu sichern, die das private Unternehmen nicht gewährt. Sie hat ganz besonders die Mieter gegen die Wohnungskrise und den Mietzinswucher geschützt, indem sie komfortable Wohnungen zu Preisen erstellte, die unter denjenigen der privaten Unternehmen standen.

Während der Krise, welche in La Chaux-de-Fonds eine Ausdehnung und Dauer erfuhr, die andernorts unbekannt waren, machte sie die größten Anstrengungen, um den Arbeitslosen beizustehen, indem sie ihnen Arbeit verschaffte, Werkstätten organisierte, sie neue Berufe lehrte und versuchte, neue Industrien einzuführen.

Während dieser Periode waren die Gewerkschaftskämpfe selten. Ein besonders ernster Streik fiel allerdings in den Schluß der letzten Amtsperiode. Es handelte sich um das rationalisierte Verfahren, das in einer Fabrik eingeführt worden war, die ungelernete Arbeiter einstellen wollte, um auf diese Weise um die Tariflöhne herumzukommen. Die Organisation bewilligte die Rationalisierung, wehrte sich aber gegen die Einführung von ungelerten Arbeitern und die Herabsetzung der Löhne. Der Gemeinderat intervenierte zu verschiedenen Malen, und ihm ist die Beendigung des Streikes zu verdanken, welcher den Organisierten die Verwirklichung ihrer hauptsächlichsten Forderungen brachte, welche — wenn sie gestrichen worden wären — die allerschlimmsten Auswirkungen auf die Lage der Uhrenarbeiter gehabt hätten.

Wir schließen mit der Uebersichtstabelle über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde, in verschiedene Posten eingeteilt:

Einnahmen:

Zinsen	Fr. 724,476.70
Liegenschaften	" 88,371.50
Armenpflege	" 274,700.—
Öffentlicher Unterricht	" 598,046.—
Berufsschulen	" 494,467.35
Steuern und Abgaben	" 3,486,100.—
Öffentliche Arbeiten	" 88,650.—
Polizei	" 258,200.—
Verwaltung der industriellen Betriebe	" 711,000.—
Verschiedenes	" 36,900.—

Ausgaben:

Amortisation und Zinsen	Fr. 2,165,265.—
Liegenschaften	" 96,900.—
Armenpflege (Auswärtige)	" 372,500.—
Armenpflege (Gemeinde-)	" 229,020.—
Öffentlicher Unterricht	" 1,319,012.20
Berufsschulen	" 735,757.80
Gemeindesteuern	" 65,975.—
Öffentliche Arbeiten	" 863,700.—
Polizei	" 544,666.—
Verwaltung	" 203,865.—
Verschiedenes	" 248,600.—

Unsere Genossen mögen durch einen Vergleich der zusammengestellten Tabelle den Wert der gemachten Anstrengung ihrer Genossen in La Chaux-de-Fonds ermessen, welche keineswegs behaupten, Außerordentliches geleistet zu haben, sich aber schmeicheln, nach 12 Jahren öffentlicher Tätigkeit den Beweis erbracht zu haben, daß die Sozialisten fähig sind, mit dem größten Erfolg eine Stadt von 36,000 Einwohnern zu verwalten, und zwar während einer politisch und ökonomisch sehr unruhigen Zeit, wie wir sie von 1914 bis 1926 erlebt haben.

Sozialismus und Staat.

Von Dr. Albert Lauterbach, Wien.

Wenige Probleme des marxistischen Sozialismus haben zu so vielen Meinungsverschiedenheiten bei Anhängern und Gegnern geführt wie die in den zehn Jahren seit dem Erscheinen von Lenins Schrift „Staat und Revolution“ so oft erörterte Frage der Stellung des Sozialismus zum Staat. Die Ursachen dieser Unklarheit sind zum Teil Marx und Engels selbst zuzuschreiben, allerdings der Hauptsache nach nur im objektiven Sinn: Die Marx-Engelsche Denkweise und im besonderen ihre Anwendung auf die

1926 an Wien